

WIRTSCHAFT & POLITIK

...

Katholische Priester dürfen endlich heiraten, der Atomausstieg wird beerdigt, Handwerker verdienen mehr als Banker, und Chelsea Clinton wird die erste Präsidentin der Vereinigten Staaten.

Wetten, dass es kein Papiergeld mehr gibt?

Das Geld war einmal Gold. Dann war es Papier. Schliesslich wurde es mehr und mehr zu Elektronen: zu unendlichen Zahlenreihen, Trillionen, Quadrillionen in den Computern der Finanzinstitute. Die Überweisungen zwischen den Banken erfolgen heute ausschliesslich elektronisch. Auch Privatleute tätigen ihre Zahlungen immer häufiger auf diesem Weg: Via Kreditkarte, über die Bank- und Postkonten und übers Mobiltelefon erhält und überweist man Geld, das physisch nicht mehr greifbar ist.

Im Gesundheitsgesetz Präsident Barack Obamas werden alle Zahlungen über 600 Dollar auf dem elektronischen Weg, über Kreditkartenkonten getätigt, alles andere ist illegal. Italien verbietet bereits heute Barzahlungen über 1000 Euro, Belgien, Frankreich und andere Länder werden dem Beispiel folgen. In ganz Europa darf man nicht mehr als 10000 Euro über eine Grenze mitnehmen. Aber auch Wertpapiere wie Aktien oder Obligationen gibt es zum grossen Teil nur noch in elektronischer Form. Der Besitz an Bargeld und an Sachwerten ist dem Auge und der prüfenden Hand zunehmend

entrückt. Niemand kann seinen Besitz an Geld und Wertpapieren mehr vorzeigen, bei sich zu Hause horten, verkaufen, verschenken oder einfach verbrennen, ohne dass dies eine prüfende Zählstelle von Computern registriert.

Während das Papiergeld zusehends verschwindet, ist das elektronische Geld in Unmengen vorhanden. Die Notenbanken setzen immer mehr Geld in den Umlauf – indem sie unter anderem Schuldpapiere, also geschuldete Elektronenhaufen der überschuldeten Staaten, aufkaufen, zu Hunderten von Milliarden. Die Bürger ahnen bereits die Folgen, wie sie sich immer einstellen, wenn das Finanzsystem mit Geld überschwemmt wird: Die Preise steigen, das Geld verliert an Wert. Es kommt zu Inflation, und irgendwann kriselt das ganze Geldsystem, weil Panik um sich greift. In diesem Moment werden die Regierungen die Notbremse ziehen und die Abschaffung des Papiergeldes beschliessen. Statt Münzen und Noten gibt es nur noch elektronisches Geld. Papiergeld lässt sich verste-



cken, entzieht sich der Kontrolle der Regierungen, gilt als subversiv. Beim elektronischen Geld hingegen ist die Kontrolle kinderleicht.

Doch die absolute Kontrolle ist erst der Anfang. Die unerhörte Leichtigkeit der Transaktion, der Gutschriften und Abbuchungen versetzt die Regierungen in die Lage, die maroden Staatsfinanzen schnell und mit leichter Hand zu sanieren. In einem System des ausschliesslich elektronischen Geldes kann die Regierung Einnahmen und Ausgaben je nach Bedarf exakt regulieren. Sie kann bei der Steuerabrechnung auf dem elektronischen Konto die geschuldete Summe fakturieren und bei Bedarf gleich nochmals so viel als Zwangsanleihe einziehen, um beispielsweise ihre Schulden zu finanzieren.

Nach einer längeren Phase der Inflation, während deren sich das Geld entwertet, Sachwerte wie Immobilien, Rohstoffe und Aktien aber teurer geworden sind, werden Populisten gegen die ungleiche Verteilung der Vermögen ins Feld ziehen. Die Regierungen werden dem Druck nachgeben und die Unterschiede ausgleichen. Die in Deutschland derzeit diskutierte «Vermögensabgabe» kann innert Sekunden bewältigt werden: 20 Prozent bei den Wertschriftendepots abbuchen und auf die Bargeldkonten umbuchen. Die Regierungen können allen Hausbesitzern, die von der Inflation profitieren, elektronisch neue Zwangshypotheken auf die Grundstücke auferlegen, wie dies die Weimarer Republik nach 1923 tat. Auch können die Staaten mit einer weichen Währung die Grenzen schliessen und den Kapitalverkehr der Bürger verbieten, kontrollieren, rationieren, verteuern.

Wer sein Vermögen vor dem Zugriff des Staates in Sicherheit bringen will, flüchtet ins Gold. Die Bürger kaufen nicht mehr nur Kilobarren, sondern Zehngrammplättchen und benutzen diese als Zahlungsmittel. Gold ist noch physisch greifbar, es wird nicht in Elektronen abgebildet – vorausgesetzt, man hält es zu Hause oder im Schliessfach. Aber dann setzen die Regierungen auch dieser Parallelwährung ein Ende, indem sie die Verwendung von Gold als Bargeld verbieten. So wie die USA im Jahr 1934.

In der Geschichte findet man zahlreiche Beispiele, wie die Staaten in Krisenzeiten zu drastischen Massnahmen greifen, um ihre Kassen zu füllen. Allerdings war es bisher nicht so leicht, diese Massnahmen auch wirklich durchzusetzen. Wenn es Geld nur noch in elektronischer Form gibt, wird das ganz einfach sein. Spätestens in zwanzig Jahren kontrolliert der überschuldete Westen seine Bürger, wie es sich nicht einmal George Orwell in «1984» vorstellen konnte. Der Mensch hat zwar Phantasie, aber sie reicht selten für das wirklich Schreckliche.

Wenn das Papiergeld verschwindet, ist auch bald die Freiheit weg. «Geld ist geprägte Freiheit», meinte einst der russische Schriftsteller Dostojewski. Heute müsste man warnen: «Nur geprägtes Geld ist Freiheit.»

BEAT KAPPELER ist Publizist und Kolumnist bei der NZZ am Sonntag; er lebt in Hinterkappelen BE.

...der Zölibat abgeschafft wird?

Die fast gänzlich ausbleibenden geistlichen Berufungen und die leer stehenden Priesterseminare zwingen die Kirche doch noch in die Knie. Der Nach-Nachfolger von Papst Benedikt XVI. – ein Italiener und eigentlich ein durch und durch Konservativer – kann gar nicht



anders: er muss den Zölibat freistellen. Wohlverstanden: kirchenoffiziell hält er am Zölibat fest, doch dürfen gemäss seiner Erklärung «Matrimonium presbyteri» in «begründeten Ausnahmefällen» auch «viri probati», geeignete verheiratete Männer, zu Priestern geweiht werden. Doch wird wie fast immer in der Kirche der Ausnahmefall zum Normalfall: Nur noch die allerwenigsten Männer des heiligen Standes entscheiden sich für die Entsagung.

Es bewahrheitet sich, dass der Zölibat die Klammer war, der die römische Männerkirche zusammenhielt. Die Freistellung des Zölibats zieht einen ganzen Rattenschwanz von Reformen nach sich. Mit dem Zölibat fällt die Abwertung der Frau. Ihre kultische Unreinheit oder eingeschränkte Gottesebenbildlichkeit wird nur noch von den Ultrarechten als Weihehindernis ins Feld geführt. In der offiziellen Kirche indes wird die Frau zum Priesteramt zugelassen, später auch zum Bischofsamt. Am Rande sei vermerkt, dass der Abschied von der Kleriker-und-Männer-Kirche eine massive Abnahme des Kindsmisbrauchs durch Priester nach sich zieht. Pädophile und andere sexuell Unreife wandern in Sekten ab.

Auch strukturell kommt es, wie es kommen muss. Die Aufwertung der Frau bedeutet wiederum das Ernstnehmen der Laien. Die jahrhundertealte Zweiständekirche von Klerikern und Laien hat sich überlebt. Die Demokratisierung der Kirche breitet sich wie ein Flächenbrand aus: Pfarrer und Bischöfinnen werden vom Volk gewählt. Hierarchische Strukturen weichen synodalen Gremien. Nationale Bischofskonferenzen und die weltweite Bischofssynode dürfen mitentscheiden. Das Priestertum aller Gläubigen steht nun in der römischen Kirche so hoch im Kurs wie in den Kirchen der Reformation. Das Näherkommen mit den Protestanten im Kirchenverständnis bedeutet auch ein Zusammenrücken beim Abendmahl,

das jetzt zwischen- und überkonfessionell praktiziert wird. Gut fünf-hundert Jahre nach der Glaubensspaltung feiern die Kirchen der Reformation und die römisch-katholische Kirche die so oft ins Jenseits ausgelagerte Wiedervereinigung. Die Protestanten erfüllen sich den Traum, eine Weltkirche zu sein, und anerkennen den Papst als ihr Oberhaupt. Um aber nicht in den Geruch des Polytheismus zu kommen, beschliesst das Erste Konzil der Versöhnten Kirchen, dass der Papst zwingend zölibatär und asexuell leben muss – wie der Gott, den er repräsentiert.

MICHAEL MEIER ist Theologe und Journalist beim «Tages-Anzeiger»; er lebt in Zürich.

...es überall Little Switzerlands gibt?

Ende 2032 sind so viele Fehlinformationen über die Gründung eines Auslandschweizerkantons in Kasachstan verbreitet worden, dass mir eine Richtigstellung dringend nötig erscheint: Ja, es werden Verhandlungen über die Schaffung eines neuen Kantons in der nördlichen Region Burabai geführt, die schon lange als «Kleine Schweiz» bekannt ist. Ja, die kasachische Regierung erhofft sich durch die schweizerische Ingenieurskunst eine Wiederbelebung der alten Pläne, die Flüsse Ob und Irtysh nach Zentralasien umzuleiten, um am Verkauf des Wassers zu verdienen. Aber: die Option, die im Weg stehenden Berge durch Atomexplosionen wegzuspren-gen, wurde zu keinem Zeitpunkt ernstlich erwogen.

Ein Grossteil der Gegner der neuen Kantonsgründungen hat noch nicht begriffen, welches Potential darin liegt, die enormen Vorzüge des Schweizertums in alle Welt hinauszutragen. Schon heute gibt es vielerorts kleine Enklaven von verblüffend schweizerischem Charakter – müllfrei, grasbewachsen, hügelig, von kleinen Wasserflächen durchsetzt. Die Kantonisierung macht die Sache lediglich offiziell. Im letzten Jahrzehnt sind überall unabhängige Freistaaten wie Pilze aus dem Boden geschossen, autonome Regionen, die von souveränen Nationalstaaten an juristische Personen verpachtet wurden. In diesen Zonen gelten ausschliesslich die von ihren Gründern erlassenen Gesetze, ausserdem verfügen sie über ein eigenes Steuersystem, eine eigene Polizei, eigene Pässe usw.

Die Schweiz hatte anfangs damit nichts zu tun, es handelte sich um rein private Staatsgründungen. Aber wie sich gezeigt hat, haben solche Kleinststaaten das Potential, sich zu etwas zutiefst Schweizerischem zu entwickeln. Ursprünglich hofften die mit Risikokapital finanzierten Techno-Utopisten darauf, die neu gegründeten Freistaaten, die meist in armen Ländern liegen, würden aufspriessen wie frische Saat, ihre Korruptionsfreiheit würde die umliegenden Länder skandalisieren und deren Wirtschaft neue Impulse geben.

Leider hat, wie Kritiker nicht müde werden zu betonen, die erste dieser Freizonen in Costa Rica ein eher unrühmliches Ende genommen. Schon bald stellte sich heraus, dass der Freistaat über Scheinfir-men von mexikanischen Drogenbaronen regiert wurde, die dort unter Palmen ein kleines Leverkusen zur Herstellung synthetischer Drogen einrichten wollten, ohne sich mit einer uniformierten Staatsmacht herumärgern zu müssen. Die Wahl war auf Costa Rica gefallen, weil es dort seit 1947 kein Militär mehr gibt. Die architektonisch unbedeutenden Überreste dieser Libertad genannten Ansiedlung verrosteten heute auf einer Strecke von fünfzig Kilometern mit Blick auf den Atlantik. Doch dieser peinliche

Fehlschlag passierte, lange bevor sich die Schweiz engagierte. Ein Teil der Region 10 in Chile, die 1840 von Bernard Philippi gegründet wurde, der bei Pestalozzi in Yverdon zur Schule gegangen war, ist Reiseführern schon lange als chilenische Schweiz bekannt. Als ein gewisser Herr Egli, schweizerischer Honorarkonsul in der südchilenischen Hafenstadt Puerto Montt, bei einem Treffen des Rotary-Clubs in Santiago vorschlug, die chilenische Schweiz zu einem Schweizer Kanton zu machen, waren sofort alle begeistert.

Dann folgte, was Politiker gern als «Eigendynamik» bezeichnen. Es lag auf der Hand, dass die Schweiz als Patron eines Freistaates viel geeigneter war als jedes Konsortium von Geschäftsleuten: ein kleines, neutrales Land mit direkter Demokratie und, dank seinen vielen Kantonen, einer langen Erfahrung in der Verwaltung von winzigen, halbautonomen Körperschaften, ganz zu schweigen von ihrem weltweiten Renommee für höflichen, aber unerschrockenen Kapitalismus. Die Chilenen, die eine Chance zur Belebung der lahmen Wirtschaft im bäuerlich geprägten Süden witterten, votierten für eine sehr lange Pachtzeit. Die ansehnliche Minderheit der deutschstämmigen und immer noch deutschsprachigen Einwohner der Region begrüsst die Idee euphorisch. Der Süden Chiles war im Grunde immer schon eine Mischung aus Anden und Alpen: Die berühmte Regionalspeise Curanto ist ein Mix aus Meeresfrüchten und Schweinswürsten, und als Tracht, die sich besonders bei regnerischem Wetter bewährt, trägt man Poncho und Tirolerhut.

Das historische Gesetz, das den neuen Kanton mit Namen Hispano-Suiza ins Leben rief, passierte mit der hauchdünnen Mehrheit von drei Stimmen das chilenische Parlament. Zur Hauptstadt machte man das verschlafene-idyllische Städtchen Frutillar, das wegen seiner Chalets mit den gottesfürchtigen Sprüchen in Fraktur und den Geranien vor den Fenstern bei Touristen besonders beliebt ist. Der Blick vom Strand von Frutillar auf den Llanquihue-See zeigt den Inbegriff alles Schweizerischen, wenn man über den Vulkan Puyehue in der Ferne hinwegsieht.

Der Rest der Geschichte ist Geschichte: Hispano-Suiza wurde zur ersten energetisch autarken, ausschliesslich geothermisch versorgten Nation der Erde, in Kürze wird dort die ETH Süd eröffnet. Es erscheint nur logisch, dass auch die kasachische und viele weitere Schweizen in aller Welt diesem Beispiel folgen wollen. Warum sollte man es ihnen verwehren? Was liesse sich dagegen einwenden, dass nach und nach, Freizone für Freizone, Kanton für Kanton, die ganze Welt zu einem globalen Grosshelvetien wird?

LUCA TURIN ist Duftforscher und Folio-Kolumnist; er lebt in Athen.

...der Atomausstieg begraben wird?

In der 1960er Jahren besuchte ich als Student ein Seminar, bei dem Visionen für das Jahr 2000 diskutiert wurden. Es war inspiriert von den Visionen des damals überall gefeierten Zukunftsforschers Hermann Kahn. Sein Buch trug den programmatischen Titel «Ihr werdet es erleben».

Nun, wir haben viel erlebt, aber nichts von dem, was damals prophezeit wurde. Weder beleuchten künstliche Monde die Nachtseite der Erde, noch kommen nukleare Sprengsätze im Berg- und Tiefbau zum Einsatz, wie Kahn geglaubt hatte. Andere Fachleute

hatten behauptet, es brauche auf der ganzen Welt weniger als ein Dutzend Computer. Der Promotor des ersten mit Solarzellen bestückten Tellstar-Satelliten von 1962 glaubte, Photovoltaik werde heute den gesamten Energiebedarf decken. Deshalb wette ich gerne, dass sich auch die von Bundesrätin Doris Leuthard propagierte Energiewende mit dem Ausstieg aus der Atomenergie in Luft auflösen wird. Dies aus folgenden Gründen:

Innovationsschübe erfolgen nie «top-down». Technische Revolutionen beruhen auf neuen Lebenschancen der Menschen, die sich auf offenen Märkten «bottom-up» durchsetzen. Eine staatliche Planung des Energieverbrauchs und der Produktion ist nicht einmal primär technisch, sondern ökonomisch zum Scheitern verurteilt. Als die Glühlampe erfunden wurde, kam niemand auf die Idee, Öl- oder Karbidlampen zu verbieten. Neue Technik setzt sich durch, wenn sie den Menschen schnell grossen Nutzen bringt: Auto, Mobiltelefone, Laptops und Tablets, Internet, Digital-TV. Staatlich forcierte Innovationen wie zum Beispiel das französische Minitel oder das Elektroauto erfordern immer Subventionen und führen zu Fehlinvestitionen. Die Planungssillusion unserer Regierung wird wegen der Anmassung von zentralisiertem Wissen und Machtanspruch zu einer ganz anderen Entwicklung führen.

Die moderne industriell-technische Wachstumsentwicklung ist mit einem überproportional steigenden Energieverbrauch verbunden. Ohne preisgünstige und frei verfügbare Energie wäre die Produktivitätssteigerung von Arbeit und Kapital nicht möglich geworden. Diese Kausalität zwischen Energieinput und Produktionsoutput lässt sich bestenfalls langfristig durch steigende Energieeffizienz entkoppeln. Aber sicher nicht weltweit und bei uns nicht in zwanzig Jahren. In zwanzig Jahren wird im Zuge des Wirtschafts- und Bevölkerungswachstums der gesamte Energieverbrauch in der Schweiz nicht abnehmen. Der Konsum von elektrischer Energie wird im Gegenteil zunehmen und der weltweite Energieverbrauch einschliesslich CO₂-Ausstoss weiter ansteigen.

Der Ausstieg aus der Kernenergie genießt im Moment (noch) eine breite Zustimmung der Bevölkerung – aber nur, weil er bis jetzt eine billige Deklaration geblieben ist. Das Schweizervolk wird, wenn es ernst gilt, eine vorzeitige Abschaltung der AKW ablehnen, und die Laufzeiten werden eher auf sechzig Jahre erhöht als auf vierzig Jahre verkürzt. Zudem ist mit der Entwicklung neuer Nukleartechnik das vorgesehene Kernenergieverbot de facto illusorisch. Ein allfälliges Verbot von Postkutschen hätte die Entwicklung des Automobils nicht verhindert. Etwas verbieten zu wollen, was es noch gar nicht gibt, ist eine Illusion.

Die für die Energiewende erforderlichen Massnahmen stehen bestenfalls in den Sternen. Das Volk wird sich beim Ausbau der Wasserkraft, bei der Installation grosser Wind- oder Solarparks zu wehren wissen. Gerade der dank Atomkraftwerken erreichte Schutz der Alpen hat einen hohen ökologischen und politischen Stellenwert. Lenkungssteuern, die zu einer realen Verdoppelung der Energiepreise führen würden, sind ebenfalls kaum mehrheitsfähig. Und mit der Flut von Verboten und Geboten wird die neue Energiestrategie immer unpopulärer. All dies wird die aktuelle, rein verbale Zustimmung in eine offene Ablehnung der unrealistischen Wunschvorstellungen von Politikern und Bürokraten kippen.

Der Opportunismus bei der Entscheidung und der Dilettantismus bei Prognosen und Planung werden früher oder später entlarvt werden. Rückblickend wird man eher von einem Wahn als einer

Wende sprechen. Dieser wird sich verflüchtigen, aber grosse Fehlinvestitionen hinterlassen. In zwanzig Jahren wird man über ganz andere Energiethemen sprechen. Die Szenarien und Modellprognosen von 2012 werden 2032 bestenfalls noch als abschreckende Beispiele für unbrauchbare Politikberatung herangezogen.

Ich werde diese Wette im Jahre 2032 meinen drei Enkelbuben aushändigen lassen. Sie werden dann sicher gut ausgebildet sein und hoffentlich zur Energiepolitik auch noch etwas sagen dürfen. Wenn sie dabei dem Grossvater eine vernünftige Einschätzung zugestehen, sollten sie dies Frau Leuthard mit der dannzumal neuesten (aber heute noch unbekanntem) Technik mitteilen.

SILVIO BORNER ist emeritierter Wirtschaftsprofessor an der Universität Basel.

...Handwerker mehr verdienen als Akademiker?

In zwanzig Jahren werden Berufsleute, die das Handwerk, die Präzisionsarbeit, die neue Technik beherrschen, begehrter sein als Akademiker. Sie werden besser bezahlt werden, und die Firmen werden sich um sie reissen. Es braucht zwar Planer, Ingenieure, Entwickler, Finanzleute, aber im Zeichen der Globalisierung sind die Fachleute entscheidend, die die technischen Innovationen auch präzise ausführen können.

In zwanzig Jahren wird noch mehr traditionelle Industrie und verarbeitendes Gewerbe mit ausgereifter Technik von Europa nach Ostasien abgewandert sein. Eine Autoindustrie, Textil-, Leder-, Schuh- und Haushaltelektronik-Fabrikation wird es in Europa kaum mehr geben. Auch ausgereifte Kunststoff-, Solar-, und Energietechnologien werden ins Ausland verlegt werden. Als Stärke unseres Industriestandorts bleibt das Angebot von hochpreisigen Spezialitäten, Nischenprodukten, Designartikeln und teuren Innovations- und Hightecherzeugnissen. Zu deren Herstellung werden Fachhandwerker immer wichtiger und für die internationale Konkurrenzfähigkeit entscheidend.

Schon heute zeigt die Unternehmensbefragung in der Schweiz, dass Berufsfachleute mit höherer Berufsbildung oder Fachhochschule begehrter sind als Universitätsabsolventen. Länder mit vielen Akademikern, aber ohne duale Berufslehre, die praktische Ausbildung in einem Betrieb und Schule vereint, sind heute industriell am Boden. Oder sie leiden zumindest unter einem anhaltenden Krebsgang ihrer Industrien.

Wenn Sie in der Welt herumreisen und häufig in Hotels nächtigen, können Sie ironisch für sich ein «Spengler-Länder-Rating» aufstellen. Es basiert auf der Quote jener Hotelzimmer, in denen das WC sickert, der Hahn tropft, die Dusche rinnt, die Badewanne ausläuft, kurz, wo handwerklicher Pfuscher vorherrscht. In Ländern ohne fachliche Berufsausbildung ist nach unseren Begriffen der Pfuscher Standard. Berufsfachleute werden deshalb durch immer höhere Technologiestandards stets begehrter und besser bezahlt.

Bank- und Finanzdienstleistungen werden global angeboten und können auch global verschoben werden. Sie können sich irgendwo ansiedeln. Aber Berufe, die fachlich anspruchsvolle lokale Produktionen oder Dienstleistungen (also Domestic Services) erbringen, lassen sich nicht auslagern und werden stets gefragt sein. Der 22-jährige Bodenleger sagt im Gewerkschaftsblatt selbstbewusst zu seiner





beruflichen Zukunft: «Menschen gehen auf Böden, daran ändert sich wohl nichts...» – seine berufliche Zukunft ist gesichert. Welcher Bänkler kann das von sich sagen?

RUDOLF STRAHM ist ehemaliger Preisüberwacher und alt SP-Nationalrat; er lebt in Herrenschwanden BE.

...es zum Krieg um Rohstoffe kommt?

Eine Reihe guter Gründe sprechen dafür, dass die Ära der Staatenkriege, die in der europäischen Geschichte zentral waren, zu Ende ist und nicht wiederkehrt.

Warum? Als erstes spielt eine Rolle, dass Demokratien im Umgang mit anderen Demokratien nicht schnell oder gar nicht zum Mittel des Krieges greifen. Das Volk, das die Kosten des Krieges zu tragen hat, geht mit dem Krieg sehr viel zurückhaltender um als aristokratische Eliten, die den Krieg brauchten, um ihren gesellschaftlichen Vorrang unter Beweis zu stellen. Daneben haben – zweitens – die wirtschaftlichen Verflechtungen und das Ausmass der Zerstörung, die ein Krieg in modernen Gesellschaften anrichten würde, ihn unwahrscheinlich werden lassen. Und schliesslich ist da noch – drittens – die niedrige demographische Reproduktionsrate, die gegen die Wahrscheinlichkeit eines Krieges in Europa spricht. Es fehlt die patriotische Opferbereitschaft.

Trotzdem können Kriege in Europa nicht ausgeschlossen werden. Die jugoslawischen Zerfallskriege der 1990er Jahre hat kaum einer vorhergesehen. Mag sein, dass der Balkan mit seinen zahlreichen Nationen, Ethnien und Religionen ein Sonderfall in Europa ist. Man muss diese Konfliktzonen also befrieden – und genau das tun die Europäer seit zwei Jahrzehnten: Sie pumpen Geld in die Region, um die Gewaltbereitschaft «abzukaufen»; sie stellen den Beitritt zur EU in Aussicht, um die Menschen zu disziplinieren, und sie haben Militär und Polizeikräfte in die Region entsandt, um neue Gewalt zu verhindern. Aber das können sich die Europäer nur in einem begrenzten Territorium leisten. Global ist derlei nicht möglich, und dementsprechend zahlreich sind die Gewaltherde am Rande der Wohlstandszonen.

Tatsächlich spielen bei der Antwort nach künftigen Konflikten die Szenarien eines zwischenstaatlichen Krieges nicht mehr die Hauptrolle. Funktionstüchtige Staaten sind Aggregate der Rationalität, und deren Direktiven laufen allesamt darauf hinaus, dass Krieg kein geeignetes Mittel bei der Verfolgung wirtschaftlicher und politischer Interessen ist. Das Problem, auf das wir zusteuern, ist ein anderes: der Staatszerfall und der damit verbundene Verlust der Gesamtrationalität.

Für kleine Gruppen kann es nämlich durchaus rational sein, ihre Interessen mit den Mitteln der Gewalt zu verfolgen. Das massenhafte Auftauchen von Warlords zeigt das nur zu deutlich; Warlords sind Kriegsunternehmer, die den Krieg zum Geschäft und die Gewalt zur ökonomischen Ressource gemacht haben. Sie verfolgen ein Geschäftsmodell, in dem der Handelsgeist sehr wohl mit der

Gewalt zusammen bestehen kann. Die Überlegungen, die Immanuel Kant in seiner Friedensschrift angestellt hat, erfassen diesen Typ des Gewaltunternehmers nicht – und das ist der mithin wichtigste



Grund, warum nicht damit gerechnet werden kann, dass die Welt auf absehbare Zeit friedlicher wird.

Man kann die Effekte des neuzeitlichen Staates auf vielfältige Weise beschreiben; eine der wichtigsten Aufgaben ist sicherzustellen, dass die systematische Anwendung von Gewalt nicht zu einem lukrativen Geschäftsmodell werden kann. Mit der Durchsetzung des Staates als Monopolist legitimer Gewaltsamkeit sind alle anderen Gewaltakteure in die Unterwelt verbannt worden. Dort kann Gewalt sehr wohl lukrativ sein, aber sie ist kein Bestandteil der regulären Ökonomie; folglich bleibt der Genuss der so gewonnenen Vermögen prekär. Die Gewaltherde von Mexiko bis Kolumbien, von den westafrikanischen Staaten bis nach Somalia, zwischen Kaukasus und Hindukusch sind durch die Verschmelzung von Kriegsgewalt und international organisierter Kriminalität gekennzeichnet. Entweder dient die Gewalt der Sicherung illegaler Güter wie Kokain, Heroin oder tropischer Edelhölzer, oder sie ist ein Mittel zur Aneignung begehrter Rohstoffe wie Erz oder Coltan. Sieht man genau hin, so sind es der Rohstoffhunger der Wohlstandszonen sowie die dortige Nachfrage illegaler Güter, die das Geschäftsmodell der Warlords attraktiv machen und die Gewaltherde am Köcheln halten. Da nicht damit zu rechnen ist, dass sich dies in nächster Zeit ändern wird, ist auch nicht davon auszugehen, dass das Leben in diesen Regionen friedlicher wird. Dagegen spricht auch die weltweit wieder angestiegene Piraterie.

Im Prinzip kann sich angesichts solcher Szenarien der Westeuropäer behaglich zurücklehnen: Die Welt mag weder friedlich sein, noch wird sie es werden, aber die Kriege finden in weit entfernten

Regionen statt. Bedrohlich daran sind allenfalls die Flüchtlingsströme, wenn sie nicht länger auf die Region beschränkt bleiben, sondern sich transkontinentale Wege bahnen. Um den üblen Beigeschmack einer solch zynischen Betrachtung zu vertreiben, organisieren die Europäer Hilfsmassnahmen und unterstützen die internationalen Organisationen bei Katastrophen. Sie lindern die Effekte der Friedlosigkeit, aber ernstliche Anstrengungen zur Beendigung der Friedlosigkeit sind ihnen zu teuer oder zu riskant. Die Ära der humanitären Interventionen ist, kaum dass sie begonnen hatte, schon wieder zu Ende.

Eines freilich muss uns Sorge machen, und das ist die schwindende Gewähr dafür, dass der Zugriff auf strategische Ressourcen, wie Rohstoffe und Wasser, auch in Zukunft nur durch vertragliche Vereinbarung und auf der Grundlage von Bezahlung erfolgt. Das ist der Kern der im Zweiten Weltkrieg gegen Deutschland, Italien und Japan von den westlichen Alliierten durchgesetzten Weltordnung, deren Garant seitdem die USA gewesen sind. Aber die werden schwächer und können sich die globale Durchsetzung dieser Ordnung nicht mehr leisten. Der Streit zwischen China, Japan und Taiwan um die Rohstoffvorkommen einiger unbewohnter Inseln in ihrer Umgebung ist ein Warnsignal. Eskalationen dieser Art könnten die Welt in dramatischer Masse unfriedlich werden lassen. Und das könnte sehr schnell der Fall sein, wenn die Pax americana zu Ende geht.

HERFRIED MÜNKLER ist Professor für Politikwissenschaft an der Humboldt-Universität in Berlin.

...das Datengeheimnis das Bankgeheimnis ablöst?

Die Tage des Schweizer Bankgeheimnisses sind gezählt. Steuerflüchtlinge, Banker, Whistleblower und Politiker schieben sich gegenseitig die Schuld dafür zu. Aber vielleicht ist seine Zeit auch ganz einfach abgelaufen. Geldströme fliessen bereits heute weitgehend und in Zukunft wohl ausschliesslich elektronisch und sind somit leicht zu kontrollieren. Was immer wichtiger wird, ist jedoch der Schutz von Daten.

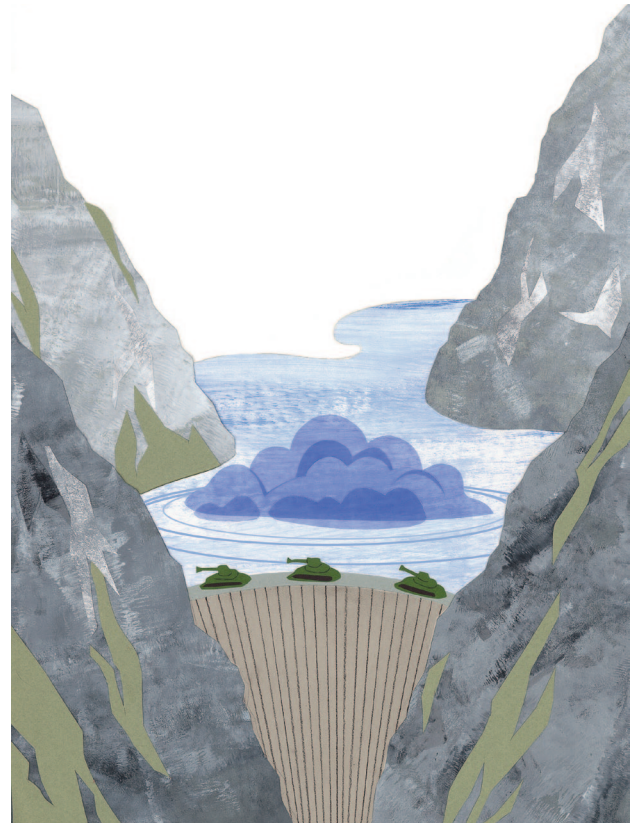
Daten sind der derzeit grösste Wachstumsmarkt. Weltweit verdoppelt sich das Datenvolumen beinahe alle zwei Jahre. Über 3 Billionen Gigabyte werden es bereits in diesem Jahr sein. Bis ins Jahr 2020, so schätzt das McKinsey Global Institute, werden 44 Mal mehr Daten auf irgendwelchen Trägern erzeugt, gespeichert und dupliziert. Alle diese Daten müssen irgendwo gelagert werden, wo sie sicher vor dem Zugriff Dritter geschützt sind.

Die Schweiz erkennt diese Entwicklung rasch und etabliert sich in kurzer Zeit als sicherer Hafen für die globale Datenflut. Als erstes Land verankert sie das Datengeheimnis in der Verfassung – es soll dem Druck einer ausländischen Regierung besser standhalten als seinerzeit das Bankgeheimnis. Der Bundesrat besinnt sich zurück auf traditionelle helvetische Werte wie Neutralität, Sicherheit, politische Stabilität, Diskretion und gewinnt damit das Vertrauen der globalen Technologiekonzerne Google, Amazon, Microsoft, Apple und IBM: Sie alle verlagern ihre riesigen Datenspeicher in die sichere Schweiz, wo sie vor dem unbefugten Zugriff Dritter sicher sind.

In einem horrenden Tempo hatten diese Technologiefirmen ihre Serverfarmen gebaut und Cloudlösungen fast umsonst den meist noch ahnungslosen Kunden zur Verfügung gestellt. Immer häufiger wanderten die Daten von Heim- und Firmencomputern, die sich eigene Server und IT-Infrastrukturen nicht mehr leisten konnten, in die Datenwolken. Datensammler und -erzeuger begannen sich über die Nutzungsrechte zu streiten, Heerscharen von Anwälten mussten beschäftigt werden. Im Streit um die Datenvermögen hatte die Schweiz geradezu leichtes Spiel.

Dank ihrer Neutralität kann sie garantieren, dass keine Regierung und keine internationale Organisation Zugriff auf Kundendaten bekommt. In einer Welt der Unsicherheit ist sie ein Hort der Stabilität. Zudem verfügt die Schweiz über eine zuverlässige Infrastruktur, damit die Datenserver mit Strom versorgt werden können. In der Schweiz gibt es keine Stromausfälle wie im Silicon Valley. Ein weiterer Trumpf ist die stabile Geologie des Alpenlandes.

Dass die Alpen eine Trutzburg sind, wussten schon die Vorfahren, als sie 1886 die erste Alpenfestung bauten. Für die Datenfarmen eignen sich die alten Bunker und Befestigungsanlagen zwar nur bedingt, da der Stromverbrauch für die Kühlung der hohen Temperaturen im Berginnern zu hoch wäre. Dafür eignen sich die noch verbleibenden Gletscher und Stauseen dank natürlichem Kühleffekt bestens als Datentresor. Die mit sogenannten FET (floating-gate field effect transistor) komprimierten Daten werden von der Schweizer Armee bewacht, die endlich wieder einen sinnvollen Auftrag hat. Das neugegründete Bundesamt für Datenwirtschaft ist für die Verwaltung und den Betrieb der Datenspeicher zuständig und streicht dafür Gebühren in dreistelliger Millionenhöhe ein, die das wachsende Defizit der AHV decken. Auch der Tourismus profitiert vom neuen Businessmodell. Immer mehr globale Konzerne führen ihre Verwaltungsratssitzungen in der Schweiz durch und bereichern die Tage mit Firmenausflügen an die Orte, in denen ihr virtuelles Vermögen materiell verankert ist. Themenparks mit architektonisch



und szenographisch inszenierten Datenvisualisierungen inspirieren die Kreativindustrie zu neuen Höhenflügen. Und sogar die ehemaligen Banker finden wieder eine Arbeit: Sie gehen nun im Namen des Schweizer Datengeheimnisses auf Akquisitionstour, um Daten auf mobilen Datenträgern in die Schweiz zu schaffen. In der Business und First Class der Swiss – fast wie früher.

BENNO MAGGI ist Creative Director beim Folio.

...der China-Hype vorbei sein wird?

Ich kann mich noch gut erinnern: Im Jahr 1958, zur Zeit des grossen Sputnikschocks, war die westliche Welt vor dem roten Wirtschaftsmoskau vor Furcht wie erstarrt; das ökonomische Überholen des dekadenten Westens durch die aufstrebende kommunistische UdSSR schien bloss noch eine Frage der Zeit zu sein.

Diese Furcht war genauso unbegründet wie die aktuelle Erwartung, die Volksrepublik China könnte eines Tages an Wirtschaftskraft Europa und die USA erreichen. Totalitär geführte Gesellschaften sind gut darin, so wie seinerzeit die Sowjetunion grosse Infrastrukturprojekte durchzuziehen: Staudämme, Flughäfen, Eisenbahnen, Energieerzeuger. In China wird kein Autobahnbau abgebrochen, weil ein Umweltschützer in der Nähe seltene Schildkröten gesichtet hat. Und auch die Arbeitsmentalität der Chinesen hebt sich positiv von der passiven Erwartungshaltung in vielen anderen Kulturen ab. Auf diese Weise kommt man schnell von nahe null auf ein respektables Produktionsniveau (es sei denn, diese Vorteile würden, wie in China unter Mao, durch aberwitzige Ineffizienzen an anderer Stelle wieder ausgelöscht). Seit 1990 ist das chinesische Inlandprodukt von unter 500 Milliarden auf über 7000 Milliarden Dollar angestiegen,

damit ist China heute nach der EU und nach den USA die drittgrösste Wirtschaftsmacht der Welt.

Dabei wird es auch bleiben, für mehr als eine Bronzemedaille reicht es nicht. Denn totalitär geführte Wirtschaftssysteme geraten immer dann ins Stottern, wenn die Feinabstimmung wichtig wird: reibungslos funktionierende Banken, freie Beweglichkeit von Arbeit, Geld und Kapital, ein Preismechanismus, der von selbst für die effizienteste Verwendung knapper Ressourcen und die Kanalisierung aller Wirtschaftsströme sorgt. Zwar ist die gegenwärtige chinesische Führung hier längst nicht so dilettantisch-destruktiv wie seinerzeit das Moskauer Politbüro, aber trotzdem sorgen vielfache Eingriffe von oben auch hier für zunehmende Reibungsverluste – wie in einem Acht-Zylinder-Automotor, dem das richtige Motorenöl fehlt, läuft hier leicht ein Kolben heiss.

Schon dieser Tage häufen sich Meldungen, dass genau dies geschieht. Und der Aktienmarkt als traditioneller Frühindikator künftiger Wirtschaftstrends nimmt diese Krise ebenfalls vorweg: Seit seinem bisherigen Allzeithoch von mehr als 6000 Punkten vom Frühjahr 2007 hat der Shanghai Composite Index, das wichtigste Börsenbarometer der Volksrepublik China, rund zwei Drittel seines Wertes eingebüsst – weit mehr als die grossen europäischen Aktienindices oder der amerikanische Dow Jones. Und auch die mehr als 3000 Milliarden Euro an Devisen, die China derzeit als Weltrekordhalter in dieser Disziplin besitzt, könnten sich eines Tages als das herausstellen, was sie in gewisser Weise wirklich sind: ein Haufen wertloses Papier.

WALTER KRÄMER ist Professor für Wirtschaftsstatistik an der Technischen Universität in Dortmund.

... Chelsea Clinton erste Präsidentin der USA wird?

Er war der Star eines Wahlkampfes, der nie so richtig in die Gänge kam. Am Parteitag der Demokraten im September 2012 zündete Bill Clinton ein rhetorisches Feuerwerk. Mit der Abgeklärtheit des Elder Statesman analysierte er in seiner Rede die Lage der Nation. Er verblüffte mit intellektueller Brillanz, zeigte Leidenschaft und Witz, er riss das Publikum zu Begeisterungstürmen hin. Selbst die politischen Gegner zogen den Hut.

Clintons Wort hat immer noch Gewicht – vielleicht mehr denn je. Der Präsident der Jahre 1993 bis 2001, dessen Amtszeit nicht frei von Peinlichkeiten war, mausert sich mehr und mehr zur Lichtgestalt der jüngeren amerikanischen Geschichte. Natürlich hat das mit seinem Charisma zu tun. Aber auch damit, dass die Ära Clinton, je länger die Finanz- und Schuldenkrise anhält, im kollektiven Bewusstsein als eine des Wohlstands und Friedens erstrahlt. Während Clintons Amtszeit standen die Vereinigten Staaten im Zenit ihrer Macht. Der Präsident lenkte die Welt. Die Wirtschaft boomte, die Arbeitslosigkeit war tief, statt Defizite gab es Haushaltsüberschüsse. Die Twin Towers standen noch. Die USA waren eine selbstbewusste Nation. Kein Wunder, ist heute eine wachsende Zahl von Amerikanern offenbar der Meinung: Wenn wir einen Präsidenten wie Clinton hätten, dann ging es uns wieder besser.

Dies muss ein Wunschtraum bleiben. In den Vereinigten Staaten gibt es keine dritte Amtszeit für einen Präsidenten, egal wie populär er ist. Der Machtwechsel gehört zum Wesen der Demokratie amerikanischer Prägung. Was nicht heissen will, dass man nichts von der Ballung politischer Macht in einigen wenigen Clans wissen



will, ganz im Gegenteil: Die Amerikaner verehren Dynastien. Man denke an die Roosevelts, die Kennedys, die Bushs. Hillary Clinton scheiterte zwar knapp mit dem Plan, ihren Ehemann zu beerben und als erste Präsidentin ins Weisse Haus einzuziehen. Bei der nächsten Wahl könnte sie es erneut versuchen. Als Aussenministerin hat sie einen tadellosen Job gemacht; sie gilt für viele als Leitfigur der Demokraten nach Obama. Allerdings wird Hillary Clinton 2016 auch bereits 69 sein und zum Schluss kommen: Ich brauche das nicht mehr. In ihrer öffentlichen Erklärung wird sie sagen, neue



Köpfe sollten das Land vorwärtsbringen. Ihren Geheimplan wird sie jedoch mit keiner Silbe erwähnen. Es ist der Geheimplan Chelsea.

Lange schien eine politische Karriere der Clinton-Tochter wenig wahrscheinlich. Ihre Teenagerzeit hatte Chelsea Clinton bereits im Weissen Haus verbracht, oft allein mit ihrem Kater Socks. Kaum war sie flügge, zog sie nach New York. Sie heiratete den Investmentbanker Mark Mezvinsky und arbeitete für das Beratungsunternehmen McKinsey und einen Hedge-Fund. Doch mit 30 hatte sie genug vom seelenlosen Geldgeschäft. Heute arbeitet sie als Sonderkorre-

spondentin für NBC News, lehrt an der Columbia University und promoviert in internationalen Beziehungen.

Ohne Anlass – der von Hillary Clinton immer dringlicher ersehnte Nachwuchs zum Beispiel lässt weiter auf sich warten – sind in den letzten Monaten in namhaften Publikationen grössere Portraits von Chelsea Clinton erschienen. Sie zeigen eine Frau, die mit strategischem Geschick an der Wahrnehmung ihrer Person in der Öffentlichkeit arbeitet. Und Chelsea Clinton macht auch kein Hehl daraus, dass sie sich mittelfristig einen Einstieg in die Politik

vorstellen könnte. «Politisches Engagement gehört dazu, wenn man eine gute Person sein will», sagte sie im letzten Sommer in einem Interview mit der Zeitschrift «Vogue». Dass sie bereit ist anzupacken, zeigte sie wenige Monate später beim Sturm Sandy in New York: Sofort meldete sie sich als Freiwillige für die Aufräumarbeiten in den stark verwüsteten Küstengebieten. Das macht sich in Amerika alleweil gut, wenn man einmal eine politische Laufbahn einschlagen möchte.

In 20 Jahren wird Chelsea Clinton 52 sein. Ein ideales Alter für eine Kandidatur, und in der amerikanischen Öffentlichkeit wird die Meinung herrschen, eine Frau ins höchste Amt zu wählen sei längst überfällig. Bill Clinton wird dann 86 sein. Dank gesunder Ernährung (Vegi statt Hamburger) wird er sich noch bester Gesundheit und geistiger Frische erfreuen. In seiner Rede vor dem Wahlvolk wird er die glanzvollen 1990er Jahre beschwören und darauf hinweisen, dass Chelsea aus demselben Holz geschnitzt sei wie er.

Und nach der Wahl von Chelsea Clinton zu ersten Präsidentin der Vereinigten Staaten wird Hillary Clinton die erste Gratulantin sein. Sie wird sagen, dass Amerika noch immer das Land sei, in dem Träume am ehesten in Erfüllung gingen. Als kluge Frau wird sie den Gemeinplatz, ihre Tochter habe endlich erreicht, was ihr verwehrt geblieben sei, vermeiden. Sie wird nicht sagen, dass sie diese Wahl mit grosser persönlicher Genugtuung erfülle, sondern lediglich ausrufen: «Chelsea, we are all so proud of you!»

ANDREAS HELLER ist Folio-Redaktor.

...im Bundesratszimmer alles bleibt, wie es ist?

Politische Mühlen mahlen langsam, sagt der Volksmund. Und weil der Volksmund in der Schweiz bekanntlich das letzte Wort hat, bin ich mir sicher: Der Bundesrat wird 2033 nicht anders funktionieren als vorgestern, gestern und heute. Stabilität und Kontinuität sind die stärksten Trümpfe der Schweiz. Kaum eine andere Lokalität symbolisiert diese Werte besser als das Sitzungszimmer des Bundesrats. Der mit polierter Täfelung ausgekleidete Raum mit der prachtvoll verzierten Holzdecke verströmt republikanisches Traditionsbewusstsein in Hülle und Fülle. Oswald Sigg, der weiland als Vizekanzler den Stallgeruch dieses Raumes inhalierte, urteilt rückblickend, hier werde «politische Denkmalpflege» betrieben. Unrecht hat er nicht. Das Regelwerk der Landesregierung folgt strengen Ritualen, die Sitzordnung alten Sitten und Gebräuchen. 1998 fand allerdings eine Revolution statt. Die magistralen Pültchen im Bundesratszimmer wurden umgruppiert.

Meine Wette bezieht sich aber nicht auf die raren innenarchitektonischen Retouches am Bundesratszimmer. Wenn ich behaupte, dass alles bleiben wird, wie es ist, meine ich das Wirken der Belegschaft im getäfelten Zimmer. Der Bundesrat ist seit der Gründung des Bundesstaats anno 1848 institutionell unverändert geblieben. Die Schweiz wird von sieben Köpfen regiert. Das Siebnergremium funktioniert als Kollegium. Wer den Vorsitz hat, ist während eines Kalenderjahrs Primus inter pares, nicht mehr und nicht weniger. Das Wahlgremium ist die Vereinigte Bundesversammlung. Auch das war schon immer so. Und so wird es auch bleiben.

In Stein gemeisselt ist das freundeidgenössische Regierungskollektiv allerdings nicht. Immer wieder haben unverbesserliche Hasardeure versucht, die Spielregeln zu ändern. Am 4. November 1900 war der Souverän aufgerufen, über die Volksinitiative «für die

Volkswahl des Bundesrates und die Vermehrung der Mitgliederzahl» zu entscheiden. Exakt die gleiche Prozedur wurde dem Stimmvolk am 25. Januar 1942 zugemutet. Weder die Volkswahl des Bundesrats noch die Losung «9 statt 7» waren mehrheitsfähig.

Doch die Gegner der politischen Denkmalpflege im Bundesratszimmer geben nicht auf. Unter den Kampfparolen «Staatsleitungsreform!» und «Regierungsreform!» jagt ein Angriff den nächsten: Von Ministern mit politischem Status und von potenten Staatssekretären war schon die Rede. Das Bundespräsidium soll gestärkt, mithin die Kollegialität straffer gelenkt werden. Bundesrat Moritz Leuenberger sinnierte 2010: Wenn schon eine Veränderung, warum dann nicht einen Bundespräsidenten für vier oder fünf Jahre, der kein eigenes Ministerium führen muss und der vielleicht sogar vom Volk gewählt würde? Die jüngste Regierungsreform ist in der Wintersession 2012 schicklich beerdigt worden. Aber die nächste Staatsleitungsreform kommt bestimmt. Schon auf dem Schlitten ist die Volkswahl-Volksinitiative der SVP. Und so sicher wie das Amen in der Kirche sind neue Torpedos gegen die siebenköpfige Kollegialregierungszweckgemeinschaft.

Doch keine Bange: Alle bisherigen Versuche, die Hausordnung im Bundesratszimmer umzukrempeln, sind kläglich gescheitert. Das wird in Zukunft nicht anders sein. Auf den Volksmund ist Verlass.

RENÉ ZELLER ist stellvertretender Chefredaktor der NZZ.

...die EU kein Bundesstaat wird?

Im Gegensatz zu den USA, die immer wieder als leuchtendes Beispiel eines funktionierenden Bundesstaates herbeigezogen werden, sind die Länder Europas erst über Jahrhunderte und Jahrtausende zu dem geworden, was sie sind.

Die einzelnen Bundesstaaten der USA sind ein zusammengewandertes Vielvölkerkonglomerat, das nach der Vertreibung und dem Genozid an den Indianern ein riesiges Territorium besiedelte, aber kaum eine nationale Identität entwickelte. Die Tatsache, dass auch die USA nur langsam und nach einem blutigen Bürgerkrieg zu einem Staat zusammenwachsen, ist mit den Schwierigkeiten der EU, eine Einheit zu werden, nicht zu vergleichen. Beim amerikanischen Bürgerkrieg ging es vor allem um Partikularinteressen der Südstaaten, die ihren Reichtum, der auf übelster Sklaverei in der landwirtschaftlichen Produktion beruhte, erhalten wollten und deshalb einen eigenen Staat forderten, in dem der Menschenhandel weiter praktiziert werden sollte.

Die Länder Europas unterscheiden sich davon fundamental. Sie sind zu Charakteren geworden mit spezifischen Eigenarten und Marotten. Total verschieden ist das Verhältnis der einzelnen Bürger zum Staat, aber auch das Selbstverständnis der Staaten an sich, das immer mehr beherrscht wird von einer abgehobenen Kaste von Berufspolitikern, die vom Leben, von der Befindlichkeit und den Bedürfnissen ihrer Bürger keine Ahnung haben oder sie zynisch ignorieren.

Italiener und Griechen haben ihr korruptes Staatswesen zu Recht immer verachtet und sahen sich moralisch berechtigt, den Staat nicht nur möglichst auszublenden, sondern auch zu betrügen. Das Gegenteil ist in Deutschland der Fall, wo der Bürger seinen jeweiligen Potentaten, wie schrecklich sie auch sein mögen, dient und folgt. So ist denn das mehr oder weniger ausgesprochene Verständnis der herrschenden Kaste im grossen Kanton, dass der Bürger für den Staat

da sei und nicht etwa umgekehrt. Es gäbe viele weitere Beispiele, wie sich die Charaktere der einzelnen Nationen zusammensetzen, vor allem auch im Umgang mit ihren Finanzen. So haben die Problemländer, die heute am Rande des Bankrotts stehen, als es noch keine EU gab, gelernt, jeder nach seiner Façon vor der Tür zu wischen: mal schlampig, mal überhaupt nicht, und ihre Bürger hatten sich daran gewöhnt, mit den Folgen zu leben und sich durch Abwertungen, Inflationen und Pleiten durchzuwursteln.

Seit der Gründung der EU, die nach der Einschätzung des englischen Financiers Jimmy Goldsmith nichts anderes ist als deutscher Imperialismus, vorgetragen von einer französischen Hure, sollen nun alle Länder Europas ihren Finanzzirkus nach dem deutschen Vorbild ausrichten. Das gelingt heute nicht einmal mehr der Hure. Der deutsche Arbeitswille, das Malochen und die niedere Lebensqualität des Einzelnen haben einmal mehr eine Stückherstellungseffizienz hervorgebracht, die nach dem Ende des Cash-Drains zur Scheinintegration der ehemaligen DDR alles überrollt, was sonst noch in Europa Autos, Druckmaschinen und Turbinen zusammenschraubt. Die enorme Wirtschaftsleistung der spätgeborenen Nation ermöglichte vor dem Ersten und Zweiten Weltkrieg den Aufbau einer gigantischen Kriegsmaschinerie. Da die gleiche Effizienz nicht mehr zu Waffensystemen und ihrer Anwendung führen kann, beherrscht Deutschland Resteuropa mit einer Produktivität, die derart überlegen ist, dass der ehemalige französische Staatschef Sarkozy verzweifelt um die Gnade künstlicher Schwächung der germanischen Wirtschaftskraft winselte.

Wie wenig die nationalen Identitäten sich in den letzten Jahrzehnten zu einem europäischen Bewusstsein gewandelt haben, zeigt

sich am präzisesten immer dann, wenn Not am Mann und gemeinsames Handeln gefragt ist. Das endlose Gequassel und die verordneten Millionen aus den babylonischen Türmen Brüssels werden angesichts echter Herausforderungen, die an den angeblich langsam entstehenden Bundesstaat gestellt werden, zu Makulatur. Weder in den Kriegen des zerfallenen Jugoslawien noch beim Boykott Irans (das Handelsvolumen Frankreichs und Deutschlands ist über all die Jahre trotzdem gewachsen), auch nicht, als man den Lügner und Kriegstreiber George W. Bush bei seinem Angriff auf den Irak hätte isolieren müssen, und schon gar nicht, als Frau Merkel ihre Grosse-Welle-Westerwelle sich vor dem Einsatz in Libyen drücken liess, konnte sich die Union wenigstens temporär zusammenraufen. Auch die letzte Bastion der «Raison d'être», in die sich vor allem die Veteranen des Zweiten Weltkriegs flüchten, dass es dank der EU in Europa keinen Krieg mehr geben wird, wage ich zu bezweifeln, weil jeder Vertrag dieser Welt, wie die Geschichte zeigt, nicht einmal mehr sein Papier wert wäre, geschweige denn die Unterschriften der neuen Potentaten, die sich dem Absolutismus nähern, indem sie sich nicht mehr getrauten, das dumme Volk über seine Mitgliedschaft in den vernebelten Tempeln Brüssels zu befragen.

So gilt denn meine Wette, dass eher ein Kamel durchs Nadelöhr geht, als dass die Nationen Europas ihre Identitäten so weit aufgeben, um sich in einem echten Bundesstaat zu finden. Der wäre zwar durchaus erstrebenswert, in der gegenwärtigen Ausformung aber dazu verdammt, als Flickwerk von einem Versagen ins nächste zu torkeln.

DIETER MEIER ist Künstler und Unternehmer; er lebt in Zürich.

SRF

1

Der Bestatter

**IM DIENST FÜR
DIE TOTEN**

DIE NEUE KRIMI-SERIE MIT MIKE MÜLLER

DIENSTAG

8. JAN

20:05 UHR

srf.ch